

Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 245

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 9, 9494 Schaan, Telefon: (075) 237 51 51, Fax: Redaktion/Verlag: (075) 237 51 52, E-Mail-Adresse: volksblatt@volksblatt.li, Internet: www.li/volksblatt

DAS WETTER BEI UNS

Ziemlich sonnig
max. 17°
min. 6°

Heute

Ziemlich sonnig
max. 18°
min. 6°

Morgen

SMA - METEO Schweiz
Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



JUGEND-EXTRA

Zauberband und Liebestrank

Einige teilweise ernst zu nehmende Tipps zur Eroberung von Herzen. Einfach ausprobieren!
Seite 21

MITTWOCH

Schulqualität im Mittelpunkt

SCHAAN: Eine engagierte Elternvereinigung der Liechtensteinischen Schulen stellt Fragen: «Wie steht es um die Qualität unserer Schulen?» «Was können Eltern zur Qualitätssteigerung beitragen?» «Was macht das Schulfach?» In der Veranstaltung vom Montagabend im Schaaner Rathaussaal kam Zukunftweisendes zur Sprache. **Seite 2**

Viel Geld für neue Hochbauten

Das Land Liechtenstein steht vor der Realisierung einer Fülle von Hochbauten in den nächsten zehn Jahren. Die Regierung hat anlässlich des gestrigen Mediengesprächs ihren Bericht und Antrag zur mittelfristigen Planung staatlicher Bauten und Anlagen vorgestellt. 410 Millionen Fr. sollen vor allem für Verwaltungsgebäude und Schulanlagen investiert werden. **Seite 3**

Geselliger Theaterabend

ESCHEN: Kürzlich lud die Theatergruppe der LGT Bank in Liechtenstein zu einem geselligen Theaterabend in den Gemeindesaal nach Eschen ein. Die engagierten Laienschauspieler, alles Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank, brachten das Lustspiel «Dicki Poscht» von Peter Schöbi vor 400 Theaterbesuchern zur Aufführung. **Seite 4**

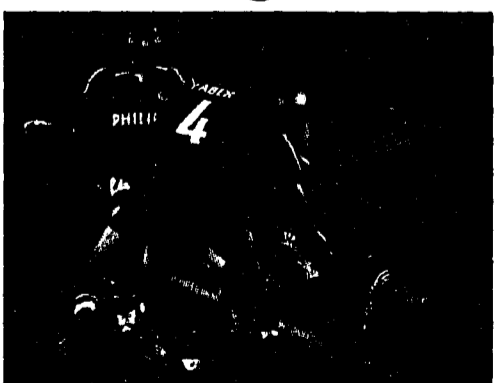
Kauflust hält an

VADUZ: Die Autoverkäufe in Liechtenstein boomen weiter. Im September wurden 227 neue Fahrzeuge bei der Motorfahrzeugkontrolle in Vaduz immatrikuliert. Spitzenreiter bei den Neuimmatrikulationen bleibt weiterhin die Marke VW mit 47 Fahrzeugen. Im September des vergangenen Jahres wurden im Vergleich zu diesem Jahr 7,1% weniger Neufahrzeuge in Verkehr gesetzt. **Seite 7**

Legobaut an der Zukunft

ZÜRICH: Der dänische Spielzeughersteller Lego will ab sofort auch ausserhalb des stagnierenden Spielzeugmarktes Fuss fassen. In den Schweizer Werken, wo Lego seit 25 Jahren produziert, sollen neue Schwergewichte gelegt werden. **Seite 11**

Bayern-Schlappe endet fast mit Prügelei



FUSSBALL: Champions League und Bundesliga sind nun mal zwei Paar Schuhe. Das wurde dem FC Bayern beim PSV Eindhoven deutlich vor Augen geführt. Die Halbzeit-Führung des PSV glied der eingewechselte Roque Santa Cruz kurz nach Wiederanpfiff aus. Doch nur sechs Minuten später machte der überragende Luc Nilis den alles entscheidenden Treffer für den Ehrendivisionär. Negativer Höhepunkt: Nach einer Roten Karte für Jens Jeremies kam es fast zu einer Prügelei. Noch schlimmer hat es allerdings Hertha BSC erwischt. **Seite 13**

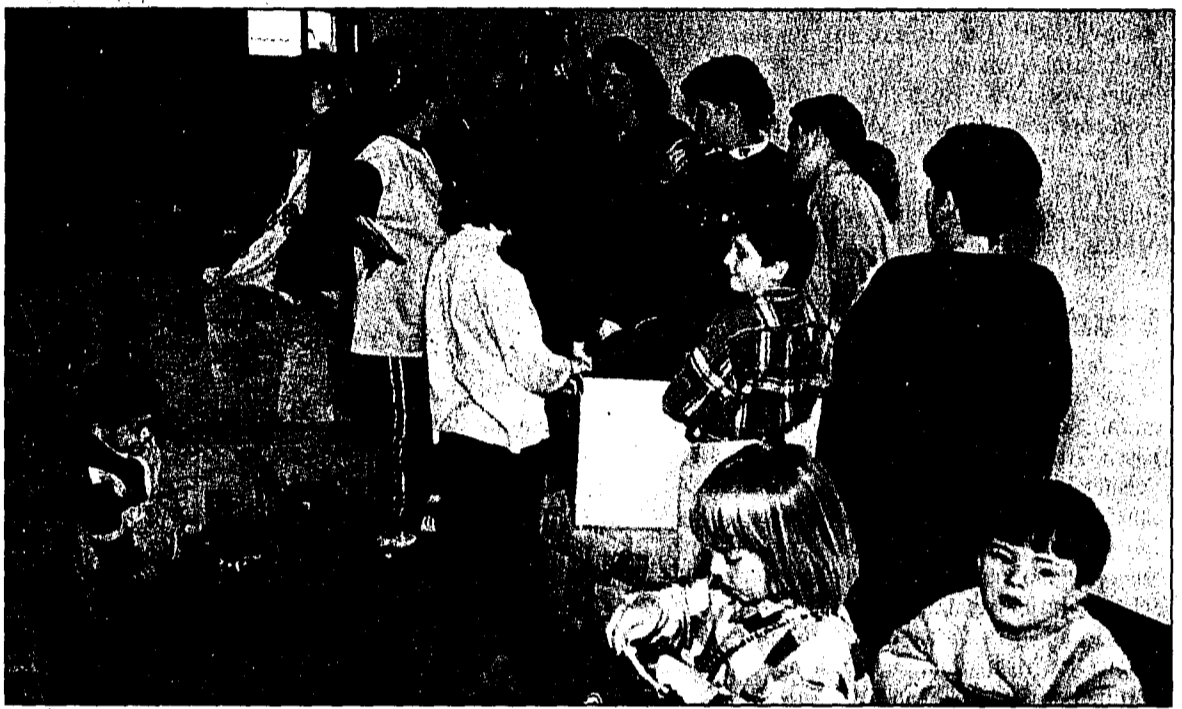
Flüchtlinge: 220 wollen bleiben

Regierung kündigt speditives Verfahren an - Alle Mittel des Gesetzes würden genutzt

220 Flüchtlinge aus dem Kosovo wollen das Asylverfahren durchlaufen, damit sie in Liechtenstein bleiben können. Dies bestätigte gestern Regierungschef Mario Frick am Pressegespräch. Insgesamt befinden sich noch 279 Flüchtlinge bei uns. 411 sind in den Kosovo zurückgekehrt. Mario Frick kündigte ein schnelles und speditives Verfahren an, so dass bis Mai 2000 alle Asylverfahren abgeschlossen sein sollten.

Alexander Batliner

Regierungschef Mario Frick kündigte am Pressegespräch an, dass er alle Möglichkeiten des Gesetzes ausschöpfen werde. Er unterstrich: «Wir werden die Möglichkeiten des Gesetzes verwenden und auch Gebrauch davon machen. Gemäss Flüchtlingsgesetz ist die Regierung bei übermässig vielen Asylgesuchen ermächtigt, eine Verordnung zu erlassen, in welcher das Verfahren so angepasst werden kann, dass eine speditive Abwicklung gewährleistet ist. Die Regierung wird dies tun. Am nächsten oder übernächsten Dienstag wird die entsprechende Verordnung verabschiedet. Die Regierung bezweckt damit», so der Regierungschef, «dass mit dieser Verordnung das Verfahren so ablaufen könnte, dass vor Ende Mai 2000 alle Instanzen durchschritten wurden.» Regierungschef Mario Frick vermutet, dass schlussendlich nur wenige dieser 220 hierbleiben dürfen. Es werde jenen Asyl gewährt, bei denen eine Gefahr für Leib und Leben



Die Regierung kündigte eine schnelle und speditive Erledigung der Asylverfahren der Flüchtlinge an. (Archivbild)

bei einer etwaigen Rückkehr bestehe. Wenn aber zu einem späteren Zeitpunkt diese Gefahr nicht mehr bestehe, hätten auch diese in ihre Heimat zurückzukehren.

Schlechte Chancen

Mario Frick äusserte sich auch über die Chancen dieser Flüchtlinge. «Die Chancen für die Asylsuchenden sind sehr sehr schlecht», unterstrich der Regierungschef. Diejenigen, welche die Situation nutzen wollen, müssten damit rechnen, dass alle Mittel des Gesetzes zur Anwendung gelangen. Mario Frick zeigte sich enttäuscht, dass so viele den Weg des Asylverfahrens suchen. Er habe mit rund 150 Asylverfahren gerechnet. Der Regie-

rungschef machte auch darauf aufmerksam, dass die Situation der Kosovo-Flüchtlinge mit derer der Bosnier nicht zu vergleichen sei. Bei den Bosniern sei erschwerend hinzugekommen, dass das Gebiet heterogen besiedelt sei. Deshalb hätten einige nicht in ihr Heimatdorf zurückgekonnt. So wäre es zum Beispiel möglich gewesen, dass ein Bosnier in ein von Serben besiedeltes Gebiet zurückkehren hätte müssen. Solche Fälle hätten diese Verfahren erschwert. Dies sei jedoch im Kosovo nicht der Fall. Deshalb seien diese Fälle leichter zu bearbeiten. Die Kosovaren müssten in ihr eigenes Gebiet zurückkehren, während man die Serben nach Serbien abschieben könne. Die Rückkehr der Flüchtlin-

ge würde in Koordination mit der UNHCR verlaufen.

Entwarnung

Bezüglich der Unterbringung der Flüchtlinge gab der Regierungschef gestern Entwarnung. Das Flüchtlingsheim sei immer noch voll. Zudem habe man in Balzers und in Schaan einige Flüchtlinge untergebracht. Zudem seien nach der Beendigung des Krieges wenige Flüchtlinge serbischer Abstammung zu uns gelangt. Es gäbe jedoch Stimmen, die warnen, dass im Winter Serben als Flüchtlinge zu uns kommen könnten. Man müsse jedenfalls gewappnet sein. Diesen müsse man aber sagen, dass sie in das heutige Serbien gehen sollen.

UNO-Übergangsverwaltung

Brasilianer de Mello wird Verwaltungschef in Osttimor

DILI: Die frühere portugiesische Kolonie Osttimor ist am Dienstag offiziell unter das Mandat der UNO-Übergangsverwaltung (UNTAET) gestellt worden. Das hatte der UNO-Sicherheitsrat am Vorabend in New York beschlossen.

Insgesamt 11 000 Soldaten, Militärbeobachter und Polizisten gehören zur UNTAET. Die Blauhelm-Truppe soll die internationale Osttimor-Friedenstruppe INTERFET nach dem Willen von UNO-Generalsekretär Kofi Annan «so schnell wie möglich» ablösen.

Das Hauptaugenmerk der UNTAET soll zunächst der Einrichtung eines Justizsystems und der Aufstellung einer Polizei gelten. Australien hat sich bereit erklärt, auch die neue vom UNO-Sicherheitsrat beschlossene Friedenstruppe für Osttimor anzuführen. Chef der UNTAET wird der Brasilianer Sergio Vieira de Mello.

UNTAET wird unterstützt von 8950 Blauhelm-Soldaten, 200 Militärbeobachtern sowie 1640 Polizisten. Sie wird mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet und soll

Osttimor in die Unabhängigkeit führen.

Ihre Aufgabe ist es laut Mandat, eine «wirksame Verwaltung» aufzubauen. Die Sicherheitsrats-Resolution gibt der UNO-Übergangsverwaltung das Recht, «alle gesetzge-

berischen und exekutiven Vollmachten einschliesslich der Justizverwaltung» wahrzunehmen. Der Leiter der UNO-Friedensmissionen, Bernard Miyet, schätzt die Kosten der UNTAET-Mission auf bis zu einer Milliarde Dollar pro Jahr.



Italienische Soldaten im Hafen von Dilli. Die Italiener sind Teil der multinationalen Friedenseinheit, welche in Osttimor für Sicherheit sorgen soll.

Landesbeitrag an Radio L

VADUZ: Die Regierung hat eine ergänzende Stellungnahme zur Gewährung eines Landesbeitrages an die Radio-TV Aktiengesellschaft für die von Radio L erbrachten programmatischen Leistungen zuhanden des Landtags verabschiedet. Die Behandlung des Antrages wurde anlässlich der Landtagssitzung im April 1999 verschoben. Es wurde eine ergänzende Stellungnahme zur finanziellen Situation der Gesellschaft erbeten. Die Regierung schlägt vor, die Landesbeiträge für erbrachte Programmleistungen rückwirkend für die Jahre 1995/96 bis und mit 1999 auszurichten. Somit beläuft sich der zu entrichtende Landesbeitrag auf 1 125 000 Franken. Im Entwurf des Medienförderungsgesetzes wird neben der Förderung der Medien auch der Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit den Medien vorgesehen. Die Regierung strebt zur Abgeltung von künftigen Programmleistungen (Informationsauftrag des Landes) von Radio L den Abschluss einer entsprechenden Leistungsvereinbarung an.